

Über 41 000 Mitglieder

Mitteilungsblatt für die Mitglieder der AUNS.
Erscheint sechsmal jährlich. –
Rickli + Wyss AG, Bern

Grauer Brief 88

Zum Hineinleuchten in die Grauzonen schweizerischer Aussenpolitik

Präsident:
Nationalrat Dr. Christoph Blocher
Vizepräsidenten:
a. Nationalrat Dr. Paul Eisenring,
a. Nationalrat Christian Miesch,
Jean-Dominique Cipolla, NotarAdresse Geschäftsstelle:
AUNS, Postfach 218, 3000 Bern 16
e-Mail: auns@auns.ch
Tel.: 031 356 27 27; Fax: 031 356 27 28

PC-Konto: 30-10011-5

Unser Auftrag im (Wahl-)Jahr 2003

Nein zum EU-Beitritt. Auch nicht «in kleinen Schritten»

Liebe AUNS-Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Auch im Wahljahr 2003 und in der Legislatur 2003/2007 hat die AUNS ein gewaltiges Mass an Arbeit zu leisten. Als stärkste überparteiliche Bewegung kämpfen wir für die Werte, welche den Erfolg und die Stärke unseres Landes ausmachen: für die Freiheit und die Unabhängigkeit, für Souveränität und Selbstverantwortung, für die schweizerische Neutralität und für unsere Sicherheit.

- Bundespräsident Couchepin ist «überzeugt», dass die Schweiz der EU beitreten muss, und zwar «in kleinen Schritten» (Swissinfo, 21.1.03). Der Bundesrat will den EU-Beitritt in der Legislatur 2003/2007 vorantreiben und vollziehen – trotz gegenteiliger Volksentscheide und im Widerspruch zur Bundesverfassung.

- Die «kleinen Schritte» sind derzeit die Bilateralen II, wo es in erster Linie um Schengen, Dublin und das Bankkundengeheimnis geht. Mit diesen Vorstufen zum EU-Beitritt will der Bundesrat «Beitrittschürden» abbauen. Mit dem Schengener und dem Dubli-

ner Abkommen würden die Grenzkontrollen und damit letztlich die Grenzen aufgehoben. Wir würden uns einem unwürdigen Kolonialvertrag unterstellen; die EU würde in immer mehr Bereichen über uns Recht setzen. Die Asyl-, Visa- und Ausländerpolitik würde EU-weit gleichgeschaltet – zum Nachteil unseres Landes. Zudem würde unser Bankkundengeheimnis aufgeleuchtet und preisgegeben.

Die Bilateralen II bringen schwere Nachteile für die Schweiz und sind daher abzubrechen. Der Bundesrat muss seine widersprüchliche, doppelseitige Aussenpolitik (bilaterale Verhandlungen und EU-Beitritt) stoppen und das Beitrittsgesuch unverzüglich zurückziehen. Auch hier hat die AUNS den Kampf an vorderster Front zu führen.

Nein zur EU heisst auch Nein zu den Vorstufen «Schengen» und «Dublin»!

- Wir treten an gegen den milliardenschweren Asylmissbrauch, gegen eine verfehlte Ausländerpolitik und gegen die Verschleuderung

des Schweizer Bürgerrechts. Und wir kämpfen gegen die demokratiefeindliche Abstimmungspropaganda des Bundesrates, welche – finanziert mit Millionen von Steuergeldern – die unverfälschte Meinungsbildung und unsere Demokratie immer mehr gefährdet.

- Am 19. Oktober 2003 finden die National- und Ständeratswahlen statt. Unser Ziel: Ein anderes Parlament. Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die ihren Eid ernst nehmen und sich für die Freiheit, die Unabhängigkeit und die Rechte des Volkes einsetzen! Wir werden solche Persönlichkeiten zur Wahl empfehlen.

Unterstützen Sie unseren Kampf für die Freiheit und die Unabhängigkeit unseres Landes auch im Jahre 2003. Vielen Dank!

Ihre Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz

Der Präsident:
Christoph Blocher

Der Geschäftsführer:
Hans Fehr

Zustrom von Asylmissbrauchern stoppen!

Deutschland hat vor 10 Jahren eine konsequente Drittstaatenregelung eingeführt: Wer über einen verfolgungssicheren Drittstaat einreist, bekommt grundsätzlich kein Asyl. Seither ist die Zahl der jährlichen Asylgesuche von 438 000 auf rund 70 000 gesunken. Höchste Zeit, dass auch die Schweiz dafür sorgt, dass der Zustrom von Scheinflüchtlingen und Asylmissbrauchern gestoppt wird!

Die Mehrheit der Kantone und 49,9% der Stimmbürger haben am 24. November 2002 der Volksinitiative gegen Asylrechtsmissbrauch zugestimmt. Sie haben von den leeren Versprechungen des Bundesrates genug.

Leere Versprechungen

«Der Asylant und Drogendealer wird von unserem neuen Gesetz erreicht und wird verschwinden.» (Peter Arbenz, damals Direktor des Bundesamtes für Flüchtlinge BFF, Sonntagsblick, 17.4.1994)

«Wir haben das Asylverfahren im Griff.» (Bundesrat Koller, Albisgüetlitagung 1998)

«Die Flüchtlingsproblematik ist heute weitgehend gelöst.»

(Jean-Daniel Gerber, Direktor BFF, Die Weltwoche, 6.7.2001)

27 Prozent mehr Gesuche, Milliardenkosten

Die Missstände im Asylbereich sind skandalös. Die Zahl der Gesuche ist von 20 633 im Jahre 2001 um 26,6 Prozent auf 26 125 (2002) emporgeschnellt. Die Anerkennungsquote beträgt weniger als 10%; über 90% der Asylanten sind keine Flüchtlinge.

Von den gemäss Asylstatistik 2002 vollzogenen 17 000 «Wegweisungen und Abgängen» sind 9 189 «unkontrollierte Abreisen», d.h. diese Leute sind untergetaucht. Viele betätigen sich kriminell; skrupellose Asylbanden beherrschen den Drogenhandel. Die Gesamtkosten für das Asylwesen betragen jährlich über 2 Milliarden Franken; pro anerkannten Flüchtling ist das rund 1 Million, pro Haushalt gegen 800 Franken!

Auftrag nicht erfüllt

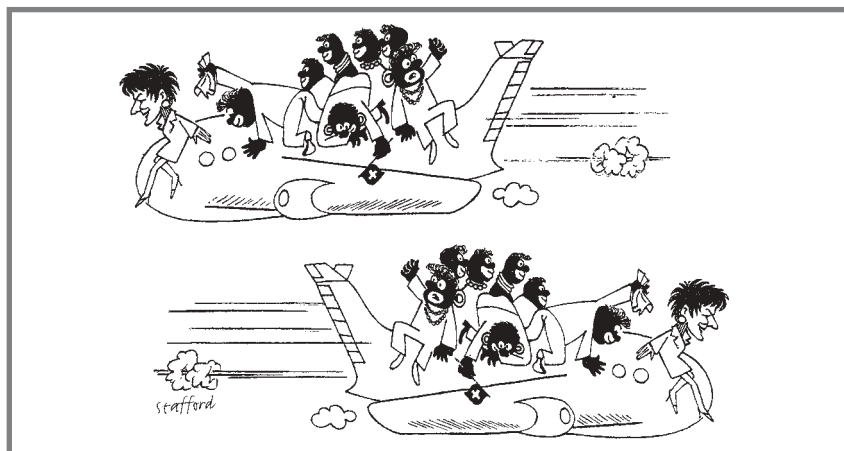
Frau Bundesrätin Metzler hat am Abstimmungssonntag eine Asylgesetzrevision «mit Zähnen» versprochen. Ihre Revisionsvorschläge sind aber weitgehend Kosmetik. Die Drittstaatenregelung à la Metzler greift nicht, weil sie nur gelten soll, wenn die Drittstaaten «einverstanden» sind, und weil sie mehr Ausnahmen vorsieht als Klarheit schafft. Die vom Bundesrat propagierte «humanitäre» Aufnahme würde die Schweiz für Zehntausende von Scheinflüchtlingen noch attraktiver machen. Und das von der Ringier-Presse hochgejubelte Senegal-Abkommen ist eine teure Illusion. Die zwei oder drei jeweils per Flugzeug für 100'000 Franken nach Dakar transpor-

tierten Asylanten müssten nach 72 Stunden wieder zurückgefliegen werden, weil ihre Identität in aller Regel nicht geklärt wäre.

Jetzt endlich handeln!

Die meisten europäischen Staaten haben ihr Asylrecht massiv verschärft. In England können Asylbewerber bis zu sechs Monaten in speziellen Auffanglagern festgehalten werden. Italien praktiziert nur ein Transit-Asylrecht, und nach 45 Tagen werden die ohnehin minimalen staatlichen Leistungen vollends gestoppt. Wer illegal einreist, erhält bei Wiederholung bis zu einem Jahr Gefängnis. Umso mehr braucht auch die Schweiz endlich ein griffiges Asylgesetz, das insbesondere die folgenden Massnahmen durchsetzen muss:

- **Konsequente Drittstaatenregelung:** Mit einer konsequenten Drittstaatenregelung ist der weitere Zustrom von Scheinflüchtlingen zu stoppen. Damit Asylanten, die trotz Drittstaatenregelung in die Schweiz eindringen wollen, ins entsprechende Drittland überstellt werden können, braucht es eine bessere Grenzkontrolle sowie weitere Rückübernahmeabkommen. Zusätzlich zu



Frau Metzler wechselt demnächst ins Tourismus-Fach, ständig mit vollem Flugzeug unterwegs nach Dakar und 72 Stunden später mit ebenso vollem Flugzeug wieder zurück.

den bereits bestehenden 27 Abkommen sind vor allem mit schwarzafrikanischen Staaten weitere Abkommen abzuschliessen und durchzusetzen, nötigenfalls mit Sanktionen bei der Entwicklungshilfe.

• **Liste der verfolgungssicheren Länder erweitern:** Die Liste der verfolgungssicheren Länder (safe countries), aus denen Asylsuchende sofort abgewiesen werden können, ist unverzüglich um Bosnien-Herzegowina und die Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien/Kosovo und Montenegro) zu erweitern.

Es ist nicht einzusehen, warum im Jahre 2002 aus diesen Balkanländern über 5000 neue Asylgesuche entgegengenommen wurden. Diese Länder sind seit Jahren befriedet, und bekanntlich sind in Kosovo auch 200 Swisscoy-Soldaten zur «Friedensunterstützung» im Einsatz!

• **Staatliche Unterstützung streichen:** Asylbewerber, deren Gesuch rechtskräftig abgelehnt wurde, erhalten keine staatliche Unterstützung. (Diese Praxis gilt bereits weitgehend in Holland und Belgien). Die Fürsorgeleistungen sind zudem gesamtschweizerisch zu vereinheitlichen und zu reduzieren, und Erwerbsarbeit während des Asylverfahrens ist zu verbieten.

• **Kriminelle ausweisen, Vollzug beschleunigen:** Kriminelle Asylanten sind sofort auszuweisen. Falls dies nicht möglich ist, sind sie zu internieren. Die Ausschaffungshaft ist auf unbegrenzte Zeit zu verlängern, die Haftbedingungen sind zu verschärfen. Keine oder falsche Angaben zur Identität sind als Straftatbestand zu ahnden. Zur Beschleunigung der Asyl- und Rekursverfahren sind zudem verbindliche Fristen festzusetzen.

Die AUNS-Mitglieder und Gleichgesinnte im eidgenössischen Parlament kämpfen für eine Verschärfung des Asylgesetzes in diesem Sinn.

Nationalrat Hans Fehr

«Dublin» ist eine Illusion

Das hochgejubelte Dubliner Erstasyl-Abkommen ist nur schon deshalb abzulehnen, weil es mit dem äusserst nachteiligen Schengener Kolonialvertrag gekoppelt ist. «Dublin» ist aber auch an sich eine Illusion. Das Abkommen, das mit einem EU-weiten Fingerabdrucksystem (Eurodac) sicherstellen soll, dass ein Asylbewerber nur in einem Land der EU ein Asylgesuch stellen kann, ist zwar seit dem 15. Januar 2003 in Kraft. Es wird aber nur auf dem Papier funktionieren, weil jedes EU-Land wie bisher nur auf seinen eigenen Vorteil schauen wird. Italien, das lediglich ein «Transit-Asylrecht» praktiziert, wird sich um das Abkommen ohnehin füttern und den Transit der Asylbewerber in die Schweiz nach Kräften fördern. «Dublin» würde die Schweiz für Scheinflüchtlinge noch attraktiver machen: Noch mehr illegale Einwanderer würden die Schweiz direkt als Erstasylant «wählen», und wir brächten sie kaum wieder los!

Blair zweifelt an Asylpolitik der EU

Der britische Regierungschef Tony Blair schliesst nicht aus, dass sein Land in der Asylpolitik der Europäischen Menschenrechtskonvention künftig nicht mehr nachkommt. Sollte es nicht gelingen, die Zahl der illegalen Einwanderer zu reduzieren, müsste die Anwendung der Konventionen überprüft werden, sagt Blair. Die derzeitige Situation sei «inakzeptabel».

(*Tagesanzeiger*, 27.1.2003)



EU/Bilaterale und die Schweiz

Schweizerische Aussenpolitik: Abgrund von Widersprüchen

• Am 6.12.1992 haben das Schweizer Volk und sämtliche Stände den EWR-Beitritt abgelehnt.

• Am 4.3.2001 haben die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Volksinitiative «Ja zu Europa» mit 76,8% Nein verworfen. Damit wurde die zentrale Forderung der Initiative «*Die Schweiz beteiligt sich am europäischen Integrationsprozess und strebt zu diesem Zweck den Beitritt zur Europäischen Union an*» *wichtig abgelehnt*.

• Artikel 173 und 185 der Bundesverfassung verpflichten die Bundesversammlung und den Bundesrat, Massnahmen zur Wahrung (...) der Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz zu treffen.

• Bundesräte und Parlamentarier haben bei ihrem Amtsantritt den folgenden Eid abgelegt:

«Ich schwöre vor Gott, dem Allmächtigen, die Verfassung und die Gesetze des Bundes treu und wahr zu halten; die Einheit, Kraft und Ehre der schweizerischen Nation zu wahren; die Unab-

hängigkeit des Vaterlandes, die Freiheit und die Rechte des Volkes und seiner Bürger zu schützen und zu schirmen und überhaupt alle mir übertragenen Pflichten gewissenhaft zu erfüllen, so wahr mir Gott helfe.»

Trotzdem tut Bundesbern alles, um die Schweiz in die EU zu lotsen.

«In Bern regiert eine Koalition ohne Konzept, ohne Ziel, ohne Lösung, ohne Prinzipien und ohne Standvermögen. Unter diesen Voraussetzungen sind Verhandlungen mit andern Staaten fatal.»

(Christoph Blocher, Albisgüetli-Rede, 17.1.2003)

Beispiel Bilaterale Verträge

Vor der Abstimmung über die bilateralen Verträge vom 15. Mai 2001 erklärte der Bundesrat: «Die bilateralen Verträge sind ein eigenständiger und selbstständiger Schritt und haben mit einem EU-Beitritt nichts zu tun.»

(Bundesrat Deiss, SF DRS, 13.5.2000)

Unmittelbar nach der Abstimmung sagte Aussenminister Deiss: «Es hindert uns nichts, am EU-Beitritt zu arbeiten.»

(Facts, 31.5.2000)

Nachdem das Schweizer Volk die EU-Beitrittsinitiative «Ja zu Europa» mit 76,8% Nein-Stimmen bachab geschickt hatte, wertete dies Bundesrat Deiss mit unglaublicher Dreistigkeit als «Zustimmung für die bundesrätliche Europapolitik».

(SF DRS, 4.3.2001)

«Es geht erstaunlich vorwärts mit den Bilateralen II»

Verhaltener Optimismus im Bundeshaus: Das zweite bilaterale Verhandlungspaket mit der EU könnte schon bald unterschriftsreif sein.

Der Schweizer Verhandlungsführer, Michael Ambühl (Chef des Integrationsbüros): «Wenn wir die noch offenen Fragen bei der Zinsbesteuerung rasch lösen können, ist der Weg für einen Abschluss geebnet.» Hinter vorgehaltener Hand spricht man davon, dass dies schon im Frühjahr der Fall sein könnte. Der langwierige Streit ums Bankgeheimnis liess völlig in den Hintergrund treten, dass alle andern Dossiers mit Brüssel praktisch ausgehandelt sind.

So zum Beispiel der Beitritt zu Schengen (Abschaffung der Personenkontrolle an der Grenze), sowie zu den Dubliner Erstasylkonventionen. Mit Dublin würde verhindert, dass unser Land zur Asyl-Insel in Europa wird.

(Blick, 24.1.2003)

Diese unehrliche Taktik der «kleinen Schritte» will die AUNS verhindern!

- Denn erstens ist das **Bankgeheimnis** mit dem «Entgegenkommen» der EU-Finanzminister am 26.1.2003 noch keineswegs gesichert. Die Finanzminister haben sich darauf geeinigt, dass in der EU ab 2004 ein automatischer Informationsaustausch über Zinserträge von EU-Bürgern in Ausland eingeführt werden soll. Luxemburg, Österreich und Belgien sollen stattdessen eine Quellensteuer erheben dürfen, die bis 2010 schrittweise 35% erreichen soll.

Mit diesem Kompromiss hat die Schweiz lediglich eine Atempause bekommen. «Der Druck (auf die Schweiz) bleibt.»

(NZZ, 22.1.2003).

- Zweitens ist **Schengen** ein unwürdiger Kolonialvertrag, mit dem unsere Grenzen auch für Kriminelle geöffnet werden und mit dem wir uns in immer mehr Bereichen fremdem (EU-)Recht zu unterziehen hätten.
- Und drittens würde **Dublin** die Schweiz als «Erstasyl-land» für illegale Einwanderer noch attraktiver machen.

Darum verlangt die AUNS den unverzüglichen Abbruch der Bilateralen II.

Bilaterale Verträge sind nur als Mittel der eigenen Interessenwahrung auszuhandeln. Sie machen nur dann Sinn, wenn nicht gleichzeitig ein EU-Beitritt angestrebt wird. Dennoch zieht der Bundesrat das Beitrittsge-such nicht zurück.

Gigantismus macht die EU schwächer und ärmer

Zur «EU der 15» kommen bekanntlich ab 2004 zehn neue Beitrittsländer dazu – allesamt Länder mit schlechten Wirtschaftsleistungen! Wenn die durchschnittliche Wirtschaftsleistung pro Kopf der heutigen EU (der 15) mit **100 Prozent** eingesetzt wird, so liegen die entsprechenden Leistungen der zehn neuen Länder zum grossen Teil massiv darunter, nämlich:

Zypern: 80 Prozent, Slowenien: 69, Tschechien: 57, Malta: 55, Ungarn: 51, Slowakei: 47, Estland: 42, Polen: 40, Litauen: 38, Lettland: 33 Prozent.

(NID Nr. 1, Januar 2003)

Die erweiterte EU wird mit einem Zuwachs von 70 Millionen Menschen (neu 450 Millionen) zum weltweit grössten Wirtschaftsraum. Gleichzeitig wird die EU aber auch schwächer und ärmer! Die zehn Neulinge erwirtschaften pro Kopf nur gerade 40% der Bruttoinlandproduktion (BIP) der bisherigen EU, die ja heute schon mit riesigen Problemen zu kämpfen hat.

200 Milliarden für die Osterweiterung

Die Osterweiterung kostet die EU (bzw. die Nettozahler!) allein zwischen 2004 und 2006 schätzungsweise 125 Milliarden Euro, also gegen 200 Milliarden Schweizer Franken.

(Handelszeitung, 15.1.2003)

83 Millionen von der Schweiz

Die EU will von der Schweiz jährlich 83 Millionen Franken an ihre interne Strukturpolitik verlangen. Begründet wird diese Forderung mit der vorgesehenen Erweiterung des EU-Binnenmarktes um zehn neue Mitglieder. Die EU habe in den Aufbau dieses Marktes Milliarden investiert. Die Schweiz könne über die bilateralen Abkommen profitieren, also solle sie auch zahlen.

(Die Südostschweiz, 9.1.2003)

Warten wir diesen profitablen Binnenmarkt doch erst einmal ab!

«Schweizer, seien Sie nicht so leichtgläubig wie wir Österreicher!»

Österreich wie die Schweiz haben eine ähnliche geografische Lage. Wir liegen im Schnittpunkt wichtiger europäischer Verkehrswege, die in engen Tälern und hohen Bergen liegen. Daher trifft unsere beiden Länder das EU-Recht auf «freie Fahrt für alle» wie eine Naturkatastrophe. Leidvoll musste unser Bundeskanzler nach dem letzten EU-Gipfel von Kopenhagen feststellen, dass die EU

Österreich mit seinen Transitproblemen viel schlechter stellt und behandelt als die Schweiz. Es stand im Verkehrsministerrat der EU seit Monaten immer 14:1. Das Mitspracherecht kleiner Staaten ist eine Illusion.

Wenn immer wieder gesagt wird, welcher Standfestigkeit es bedarf, um in den Zinsverhandlungen das schweizerische Bankgeheimnis zu verteidigen, so kann ich nur lachen. Für die schäbige Verlängerung unserer Ökopunkte zur Beschränkung des Transitverkehrs um drei Jahre muss Österreich jetzt auch sein durch ein Verfassungsgesetz vermeintlich gesichertes Bankgeheimnis aufgeben.

Ich möchte daher unsere Schweizer Nachbarn warnen: Seien Sie nicht so leichtgläubig wie wir Österreicher!

(Heinrich Hoffmann, Wien)

«Es taget vor dem Walde...»

Im Bundeshaus herrscht in der EU-Beitrittsfrage noch dunkle Nacht. In Wirtschaft und Gesellschaft und bei den Leuten, die realistisch im Alltag stehen, beginnt es jedoch zu tagen.

«Ein EU-Beitritt ist derzeit aus wirtschaftlicher Sicht nicht von Interesse. (...) Nach Inkrafttreten der Bilateralen I drängt sich ein Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union weniger auf als zuvor. Im Gegenteil: Gemäss eigenen Abklärungen hätte die Übernahme des Acquis communautaire in einigen Gebieten Nachteile auf die Wirtschaft.»

(Economiesuisse, Standortbestimmung zur schweizerischen Integrationspolitik, Oktober 2002).

Jean-Pierre Roth: «Die Schweiz braucht den Euro nicht»

Die Einführung des Euro in der Schweiz liegt laut Nationalbankdirektor Jean-Pierre Roth nicht im Interesse unseres Landes. Die Schweiz verlöre damit zwei ihrer Hauptvorteile: ihre tiefen Zinsen und die niedrige Inflation.

Solange die Schweiz der Euro-Zone nicht beitrete, werde ein deutlicher Zinsunterschied zwischen der Schweiz und den 12 Ländern bestehen bleiben (gegenwärtig liegt er bei zwei Prozent), sagte Roth an einem Vortrag an der Handelshochschule der Universität Lausanne. Bei einem Beitritt ins Euroland müsste die Schweiz kurzfristig mit einem Deflations-Schock rechnen. Konsum und Investitionen würden abnehmen, die Produktionskosten würden wegen der deutlich höheren Finanzierungskosten zunehmen.

Wollen Sie 25 Prozent Mehrwertsteuer zahlen?

Wir Schweizer zahlen derzeit 7,6 % Mehrwertsteuer. Die EU schreibt einen Mindestsatz von 15 % vor. Es können aber auch 25 % oder noch mehr sein – vor allem nach der Osterweiterung!

Normalsätze in Prozent

Dänemark	25.0
Schweden	25.0
Finnland	22.0
Belgien	21.0
Irland	21.0
Italien	20.0
Österreich	20.0
Frankreich	19.6
Niederlande	19.0
Griechenland	18.0
Grossbritannien	17.5
Portugal	17.0
Spanien	16.0
Deutschland	16.0
Luxemburg	15.0

Als grossen Vorteil der Schweiz sieht Roth auch die unabhängige Geldpolitik. Die Frankenstärke reflektiere zu einem guten Teil, dass die Schweizer Wirtschaft flexibler sei als die europäische.

(Tagesanzeiger, 21.1.2003)

UBS-Präsident Marcel Ospel kritisiert die Steuerpolitik der EU und fordert den Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs.

«Ich bin entrüstet, wie die EU mit ihren kleineren Mitgliedern umspringt», sagte Ospel in einem Interview in der Wirtschaftszeitung «Cash». Die Kleinen würden von den zwei, drei Grossen ständig an die Wand gedrückt. Diese wollten ein Steuerkartell auf möglichst hohem Niveau und hätten Appetit auf ein Stück des Finanzplatzes Schweiz. Trotz viel Herzblut für ein gemeinsames Europa sprach sich Ospel dafür aus, dass die Schweiz das EU-Beitrittsgesuch zurückziehe.

(AP, 26.12.2002)

«Es braucht so etwas wie die Schweiz»

«... Die Schweiz (sollte) versuchen, den eigenen Weg zu gehen und nicht Mitglied der Europäischen Union zu werden. Es braucht so etwas wie die Schweiz.»

(Karl Otto Pöhl, von 1980-93 Präsident der Deutschen Bundesbank, Mitglied der SPD, Bilanz, 1.9.2002)

«Die Schweiz hätte ausserhalb der EU die einmalige Chance, eine wirtschaftliche, politische und kulturelle Alternative zu bieten. Wir müssen nur den Mut haben, anders, tüchtiger, freiheitlicher, steuergünstiger, demokratischer und weltoffener zu sein als die andern.»

(Christoph Blocher, Albisgüetli-Rede, 17.1.2003)

**Schengen hiesse «freie Fahrt» – auch für Kriminelle!
GWK: 110 000 Personen zurückgewiesen, 32 000 der Polizei übergeben!**

Im Vergleich zum Vorjahr hat das Schweizer Grenzwachtkorps (GWK) die «Aufgriffe» im Jahr 2002 in allen Bereichen gesteigert. Die illegale Migration hat deutlich zugenommen. Es wurden mehr Verstösse gegen das Betäubungsmittelgesetz aufgedeckt und mehrmals grössere Mengen an harten Drogen sichergestellt, nämlich **135 Kilogramm Heroin** (dreimal mehr als 2002) und **118 Kilogramm Kokain** (Vorjahr 73 Kilogramm). Ebenfalls wurden vermehrt gefälschte Ausweise aus dem Verkehr gezogen. Zudem sind Grenzwächter nach wie vor mit einem hohen Gewaltpotential konfrontiert: 82 mal wurde die Kontrolle an der Grenze durchbrochen, 118 Personen ergriffen während der Kontrolle die Flucht, und 19 mal wurden Angehörige des GWK tötlich angegriffen.

Art der Intervention	2001	2002	Zunahme in %
• zurückgewiesene Personen (Einreisevoraussetzungen nicht erfüllt)	105'734	110'127	4
• Übergabe von Personen an die Polizei	26'732	32'290	21
• illegal eingereiste Asylbewerber/Arbeitssuchende	4'967	7'405	49
• Widerhandlungen gegen das Strassenverkehrsgesetz	34'348	35'377	3
• Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz	4'302	4'823	12
• Ausweisfälschungen	1'864	1'986	7

Kommentar:

Viele dieser Personen, die ja keine «Sonntagsschüler» sind, würden nach einem Schengen-Beitritt unseres Landes nicht mehr gefasst. Denn Schengen heisst: keine Grenzkontrolle mehr – also «freie Fahrt», auch für Kriminelle. Darum ist der Kampf gegen dieses verfehlte Abkommen mit aller Kraft zu führen. Das GWK erbringt mit seiner Leistung einen wichtigen Beitrag zur inneren Sicherheit unseres Landes. Die AUNS fordert, dass das Grenzwachtkorps endlich verstärkt wird und dass die zum Teil nicht konkurrenzfähigen Löhne angepasst werden.

Bitte vormerken

**18. ordentliche Mitglieder-
versammlung der AUNS 2003**

- Datum: Samstag, 17. Mai 2003
- Zeit: 10.30 bis ca. 16.00 Uhr
- Ort: Hotel National, Hirschengraben 24, Bern (Nähe Bahnhof)
- Anmeldungen: mittels Anmeldetalon (Zustellung mit dem Grauen Brief Nr. 89)

Aktionsplan der AUNS (ab 2003)

EU-Beitritt verhindern

Die Verhinderung eines EU-Beitritts ist unser wichtigstes Ziel. Als EU-Mitglied würden wir unsere Freiheit verlieren und hätten dafür auch noch Milliarden zu zahlen.

Obwohl am 4. März 2001 77% der Stimmbürger und alle Kantone einen EU-Beitritt abgelehnt haben, will der Bundesrat den EU-Beitritt als ein «in Arbeit befindliches Projekt» in der Legislaturperiode 2003-2007 vorantreiben.

Kampf dem milliardenschweren Asylmissbrauch

Das Asylwesen kostet Bund, Kantone und Gemeinden rund 2 Milliarden (2000 Millionen) Franken pro Jahr, pro anerkannten Flüchtling ist das rund 1 Million! Über 90% der Gesuchsteller sind Scheinflüchtlinge. Sie missbrauchen unser Asylrecht und viele betätigen sich kriminell. Dieser Missstand muss bekämpft werden.

Nein zum Beitritt zum Schengener Abkommen

«Schengen» bedeutet: Öffnung der Grenzen/Abbau der Kontrollen an der Grenze, Gleichschaltung des Rechts in der Visa-, Asyl- und Migrationspolitik, umfassende Amts- und Rechtshilfe, Vergemeinschaftung der Strafverfolgung, Anerkennung des EU-Gerichtshofes in Luxemburg als oberste Gerichtsinstanz, Druck auf das schweizerische Bankkundengeheimnis und das Waffenrecht.

Das Schengenrecht wird ständig weiterentwickelt und umfasst immer mehr Bereiche. «Schengen» hiesse: Wir unterzeichnen einen unwürdigen Kolonialvertrag, weil die EU künftig über unser Land Recht setzen würde.

Bilaterale II abbrechen

Dem Bundesrat geht es mit den Bilateralen II (Schengen, Dublin, Bankkundengeheimnis etc.) darum, «Beitrittschürden» zur EU abzubauen. Die Bilateralen II sind die Vorstufe zum EU-Beitritt. Mit jeder abgebauten «Hürde» übernimmt die Schweiz einen Teil der 80 000 Seiten EU-Recht und wird in ihrer Souveränität eingeschränkt. Bis zur allfälligen Referendums-Abstimmung über die Personenfreizügigkeit im Jahre 2009 sind keine neuen bilateralen Verhandlungen mit der EU zu führen.

Bekämpfung von nachteiligen internationalen Abkommen

Die AUNS bekämpft internationale Abkommen, welche die Unabhängigkeit und die Souveränität der Schweiz gefährden (z. B. Genfer Konvention = Übernahme von internationalem Recht; ebenso Schiedsgericht, Alpenkonvention etc.).

Armeereform XXI, Totalrevision Militärgesetz

Die AUNS will die schweizerische Verteidigungs- und Widerstandarmee konsequent nach dem Milizsystem modernisieren. Sie will Sicherheit durch unsere immerwährende, bewaffnete Neutralität statt durch NATO-Kooperation.

Nein zur Verschleuderung des Schweizer Bürgerrechts

Die AUNS sagt nein zur Verschleuderung des Schweizer Bürgerrechts, d.h. nein zur automatischen Einbürgerung der sogenannten 3. Generation und nein zum Beschwerderecht.

Nein zur NATO-Anpassung und zum NATO-Beitritt

Die AUNS bekämpft jegliche Annäherung an die NATO. Das erfolgreiche Sicherheits- und Friedensinstrument der schweizerischen Neutralität darf nicht geschwächt und preisgegeben werden.

Schlusspunkt ●

«Stubenälteste» in der Armee XXI?

hf. Wozu braucht die Schweizer Armee Obergefreite, Oberwachmeister, Hauptfeldweibel, Hauptadjutanten und Chefadjutanten? Was ist in die verantwortlichen Armeepaner im Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) gefahren? Wollen sie aus der einst stolzen Schweizer Miliz- und Verteidigungsarmee vollends einen NATO-Miniaturklon schaffen?

Bekanntlich steht die seinerzeit unter der Ägide von Bundesrat Ogi im Eiltempo und ohne taugliche Alternative forcierte Armee XXI auf einem sehr frag-

würdigen Fundament: Das bewährte Sicherheits- und Friedensinstrument der immerwährenden, bewaffneten Neutralität wird durch die neue «Doktrin» der Ausland-Kooperation unglaublich; der in Artikel 58 der Bundesverfassung verankerte Verteidigungsauftrag ist in Frage gestellt; die Miliz wird nach und nach ausgehöhlt; militärische Fachausdrücke und Kurse werden mit NATO-Englisch angereichert; statt Truppenkörper gibt es NATO-taugliche Armeemodule; die künftigen Offiziere und Unteroffiziere verlassen die RS

bereits nach 7 Wochen; und so weiter und so fort.

Und nun werden ergänzend zu diesem fragwürdigen Fundament auch noch die erwähnten neuen Dienstgrade eingeführt. Warum führt man der Vollständigkeit halber nicht gleich noch den Rang des «Stubenältesten» ein? Diese in deutschen Heeren übliche Bezeichnung für den Zimmer- oder Kantonnementschef hätte wenigstens den Vorteil, dass sie ganz und gar nicht nach NATO riecht!

Achtung: Neuer Werbeprospekt (Beilage)

Jedes Mitglied wirbt ein Neumitglied!

Die AUNS ist mit über 41000 Mitgliedern die stärkste überparteiliche Volksbewegung zur Wahrung der Freiheit, der Unabhängigkeit und der Neutralität unseres Landes. Es braucht die AUNS, weil diese Werte vom Bundesrat und vom Parlament zunehmend missachtet werden. Um unseren Auftrag noch kraftvoller wahrzunehmen, brauchen wir noch mehr Mitglieder. Für die Mitgliederwerbung haben wir einen neuen Werbeprospekt geschaffen (siehe Beilage).

Unsere dringende Bitte:

Werben Sie bis zum 15. April 2003 mindestens ein neues Mitglied. Verwenden Sie dafür den neuen Werbeprospekt!

(Weitere Werbeprospekte können bei der AUNS-Geschäftsstelle bestellt werden.)



Werden auch Sie Mitglied bei der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)

Mitglied (Ehepaar), Gönner oder Sympathisant.

Jahresbeiträge: Mitglieder Fr. 35.– (Ehepaare Fr. 50.–), Gönner Fr. 100.–, Sympathisanten nach freiem Ermessen.

Senden Sie mir ausführliche Informationen über die AUNS.

Name/Vorname: _____

Adresse/PLZ/Ort: _____

Datum/Unterschrift: _____ Geworben durch: _____

Einsenden an: AUNS, Postfach 218, 3000 Bern 16
Telefon 031 356 27 27, Fax 031 356 27 28, PC-Konto 30-10011-5